

hen. Die maoistische Forderung, die Regierungsführung zu übernehmen, ist inzwischen auf den Anspruch Dahals geschrumpft, zum Ministerpräsidenten gemacht zu werden. Er liebt das Land weniger als seine Partei, und seine Partei weniger als sich selbst.

Die Maoisten hatten die Regierungsführung neun Monate lang bis Mai 2009 inne. Doch sie haben keinen Finger gerührt, um die Cantonments wie versprochen zu demobilisieren. Stattdessen haben sie versucht, die nationale Armee von innen zu kompromittieren. Die Menschen in Nepal können sich nicht auf die vage Hoffnung verlassen, dass sich die Maoisten diesmal besser benehmen. Ebenso gut könnte es noch mehr Abenteuerium bei der nationalen Sicherheit, bei Recht und Ordnung, bei der Definition von Föderalismus, in der Außenpolitik, hinsichtlich der Unabhängigkeit staatlicher Institutionen oder bei der Kontrolle natürlicher Ressourcen usw. geben.

Die Lösung liegt hier und heute in der Aufrechterhaltung der linksdemokratischen Allianz und dem fortgesetzten Versuch, die maoistische Partei vor sich selbst zu schützen – vor allem dadurch, dass man sie weiterhin von der Staatsführung fernhält und ihr dabei hilft, sich zu demobilisieren und demokratisieren.

Unter Bedingungen einer vierfachen Polarisierung zwischen *Nepali Congress*, den Madhesi-Parteien, der CPN/UML und den Maoisten wäre es wünschenswert, eine rotierende Ministerpräsidentenschaft zu etablieren, die chronologisch mit dem *Nepali Congress* beginnen und mit der UCPN (Maoist) enden würde – dann, wenn die Partei sich von ihren Waffen getrennt hat und den grundlegenden Prinzipien einer demokratischen Verfassung zustimmt. Dies alles würde erfordern, dass der Vorsitzende Dahal dazu übergeht, seine Partei, wenn schon nicht sein Land, mehr zu lieben als sich selbst.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Thomas Döhne*

Der Artikel erschien am 5. August in der Tageszeitung Republica und wird hier mit Genehmigung des Autors und Verlags veröffentlicht.

Zum Autor

Kanak Mani Dixit ist ein über Kathmandu hinaus bekannter Journalist, Herausgeber der Zeitschrift *Himalaya South Asia*, Buchautor und zugleich eine prominente Stimme der nepalischen Zivilgesellschaft.

Endnoten

¹Sitz der Regierung in Kathmandu.

²Parteien, die für einen eigenen föderalen Staat im Terai kämpfen.

³In einer Rede in einem Auffanglager für maoistische Kämpfer namens Shaktikhor sagte er vor Kommandanten der *People's Liberation Army* (PLA), man habe die UN Friedensmission UNMIN hinsichtlich der eigenen Truppenstärke an der Nase herumgeführt.

Stiefvater Staat

Frauenrechte in Nepal

Theodor Rathgeber

Das nachfolgende Interview mit Dr. Renu Rajbhandari wurde im Juni 2010 im Rahmen der 14. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates geführt. Die Ärztin und Frauenrechtlerin ist Vorsitzende des *Womens Rehabilitation Centres* (WOREC) in Nepal und gilt als eine Protagonistin präventiver Gesundheitsprogramme für Frauen in ländlichen Regionen und in marginalisierten Bevölkerungsschichten in Nepal. Das Interview führte und bearbeitete Theodor Rathgeber.

Du bist in Deiner mündlichen Stellungnahme zum Bericht der UN-Sonderberichterstatterin zur Gewalt gegen Frauen, Frau Rashida Majoo, auf Entschädigungsprogramme in Post-Konfliktsituationen mit Fokus auf Frauenbelange eingegangen. Du hast u.a. die volle Beteiligung der Frauen vom Entwurf bis zur Durchführung und Evaluierung solcher Programme gefordert. Was sind Deine Erfahrungen dazu in Nepal?

Um direkt auf Deine Frage zu antworten, wir stellen eine deutliche Zunahme der Gewalt gegen Frauen fest, und die Fälle unglaublicher Diskriminierung von Frauen nehmen nicht ab sondern zu. Hunderte von Frauen wurden in Zeiten des bewaffneten Konflikts vergewaltigt, verstümmelt und gefoltert, weil sie dem Widerstand angehörten oder einfach weil sie Frauen waren. Nichts davon finden wir in den

Post-Konfliktprogrammen der Regierung wieder.

Was waren denn die Erwartungen?

Diese Tendenz ist für die betroffenen Frauen und die Frauenbewegung in Nepal insgesamt nicht zuletzt deswegen so deprimierend, da wir eine lange Geschichte autoritärer und patriarchaler Herrschaft hinter uns haben und hofften, dies könnten

wir zwar langsam aber sicher überwinden. Das Friedensabkommen vom November 2006 [*Comprehensive Peace Agreement*, T.R.] gab vielen von uns Hoffnung, verkrustete Strukturen und Hierarchien aufbrechen und allmählich überwinden zu können.

Hat sich denn gar nichts verbessert?

Eine Zeit lang, oder besser: eine kurze Zeit schien sich die Lage für uns Frauen tatsächlich zu bessern. Ein neues Gesetzeswerk zu den Rechten der Frau enthält vieles, was wir an rechtlicher Garantie einfordern. Allein 62 Einzelgesetze befassen sich mit dem Verbot der Diskriminierung von Frauen, 49 andere Einzelgesetze verbieten frauenfeindliche Bestimmungen etwa in Beschäftigungsverhältnissen. Wie immer ist die Existenz von Gesetzen das eine, die Umsetzung und gesellschaftliche Anerkennung das andere. Unbeschadet gesetzlicher Vorgaben ist es nach wie vor die Ausnahme, dass Frauen sich beim Erb-, Familien- oder Fürsorgerecht durchsetzen. Die Polizei hat mit Unterstützung der britischen Regierung eine Sondereinheit für Frauen geschaffen, aber wir haben keine staatliche Institution, auf dem Lande schon gar nicht, die in spezifischer Krisenintervention bei Gewalt gegen Frauen ausgebildet und dort tätig werden könnte.

Wie zeigt sich die Gewalt gegen Frauen?

Bereits 2007 haben wir allein bei WOREC 1 072 Fälle von Gewalt gegen Frauen registriert, und diese Entwicklung ist nicht gestoppt. Jeden Monat zählen wir 20 Fälle von Vergewaltigungen. Wenn Frauen zur Polizei gehen, um eine Anzeige aufzugeben, werden sie einem peinlichen Verfahren unterzogen. So lernen Frauen wieder zu schweigen. Im Regierungsbericht zur Müttersterblichkeit aus dem Jahr 2008 steht, dass 16 Prozent Frauen im gebärfähigen Alter sich umbringen, weil sie es nicht mehr aushalten. Frauenhandel, Vergewaltigung, erzwungene Eheschließungen selbst bei Inzest, sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz sind Alltag. Und: die Täter können hoffen, straffrei auszugehen. Im Oktober

2008 wurde eine Polizistin auf der Wache von Kollegen mehrfach vergewaltigt. Bis heute gibt es keine Anklage, keine Entschädigung, kein Bedauern. Im Gegenteil, ihr wird vorgeworfen, charakterlos zu sein und das Verbrechen geradezu provoziert zu haben. Im April 2009 haben wir eine internationale Eilaktion durchgeführt, weil Polizeikräfte im Osten des Landes, im Sunsari-Distrikt, eine Demonstration von Frauenrechtlerinnen brutal niedergeknüppelt hat, weil sie von ihren rechten Gebrauch und eine Beschwerde loswerden wollten. Bis heute erleben wir Fälle von unvorstellbarer Grausamkeit gegen Frauen. Als Hexen Verdächtige werden gezwungen, zur Strafe Exkrementen zu essen. Es sind nicht nur keine Einzelfälle, sondern sie spiegeln eine generelle Geringschätzung uns Frauen gegenüber wider.

Leben Frauenrechtlerinnen und Menschenrechtsaktivisten gefährlich?

Im Januar 2009 wurde die 26-jährige Journalistin Uma Singh von einer Bande von Männern buchstäblich zu Tode gehackt. Sie hatte es gewagt, die Gewalt gegen Frauen und die strukturellen Ursachen zum Gegenstand ihrer Reportagen im Radio zu machen, im Programm *Radio Today FM*. Sie war außerdem im *Women's Human Rights Defender Network* engagiert. Das mögen die Patriarchen gar nicht, dass Frauen über ihre Rechte aufgeklärt werden und lernen, sich gegen die Bevormundung der Männer zur Wehr zu setzen. Auch wir in WOREC werden wegen unserer Frauen- und Menschenrechtsarbeit immer häufiger bedroht und verfolgt. Du läufst Gefahr, eingeschüchtert, geschlagen oder eben gar getötet zu werden. Du wirst sozial geächtet, wenn Du häusliche und sexuelle Gewalt an die Öffentlichkeit bringst. Demgegenüber kann ich Schutzräume für Frauen oder Frauenhäuser an einer Hand abzählen.

Treten Fälle von Gewalt gegen Frauen in gleichem Maße überall in Nepal auf?

Aus vielerlei Gründen ist die Region Terai besonders häufig von gewaltsamen Übergriffen nicht nur gegen

Frauen betroffen. Das Terai ist eine Region im Süden Nepals, in der vor allem die Madeshi leben, eine indischstämmige Minderheit, die seit langem um ihre Landrechte und politische Partizipation kämpft. Genauso lange wird dieses Bestreben repressiv unterdrückt und ist eine wesentliche Ursache, dass die Sicherheitslage dort katastrophal ist. Auch für diejenigen, die sich um die Selbstorganisation der lokalen Bevölkerung kümmern und sich gegen die tägliche Diskriminierung wehren. Die Großgrundbesitzer der Region bekämpfen alle Selbstbestimmungsversuche der Frauen, gegebenenfalls mit Gewalt. Gleiches gilt im übrigen für die weiblichen Angehörigen der Dalits oder der indigenen Völker.

Dort ist auf die Schnelle keine Besserung zu erwarten?

Nein, in der Tat nicht, aber wir können trotzdem etwas tun. Anstatt sich aus solchen Krisenregionen zurückzuziehen, sollten gerade internationale Hilfsorganisationen in Gebieten wie dem Terai tätig sein oder bleiben. Die Durchsetzung von Menschenrechten bei gesellschaftlich marginalisierten Personengruppen wie Frauen ist ganz dringend auf das Hinschauen durch Auswärtige angewiesen. Leider habe ich den Eindruck, dass auch die internationale Frauenbewegung kaum öffentliche Beachtung für Nepal und seine Krisen aufbringt.

Über die Struktur der Gewalt gegen Frauen ließe sich lange reden. Kannst Du Beispiele dazu nennen?

Im internationalen Ranking des UN *Gender Development Index* steht Nepal auf Platz 119 unter 182 Ländern. Warum? Nur knapp 43 Prozent der Nepalesinnen kann lesen und schreiben; bei Männern beträgt die Rate immerhin 65 Prozent. Der gemessene Beitrag der Frauen zum Haushaltseinkommen beträgt nur ein Drittel im Vergleich zu zwei Dritteln des Mannes. Nur 11 Prozent Frauen sind Eigentümerin eines Hauses. Selbst der Oberste Gerichtshof in Nepal [*Supreme Court*] hat die Regierung in drei Entscheidungen an-

gehalten, deutlich mehr für die Gleichbehandlung von Frauen zu tun. Was geschieht jedoch? Viele Frauen flüchteten vor dem Bürgerkrieg in die Stadt, insbesondere nach Kathmandu. Sie begannen in Bars und Restaurants, in der Prostitution und anderen Nischen im informellen Sektor zu arbeiten. Wir schätzen ihr Zahl auf etwa 80 000. Der gesamte informelle Sektor soll abgeschafft werden. Natürlich verteidige ich diese Arbeit unter unwürdigen Bedingungen nicht, aber es gibt keinerlei Lösungsansatz aus Sicht der betroffenen Frauen. Auch die Maoisten sind in dieser Hinsicht genauso verklemmt und patriarchal gestrickt wie ihre parteipolitischen Kontrahenten, wenngleich sie das Arbeiten im informellen Sektor natürlich anders bewerten als die traditionellen Eliten.

Was sind denn Deiner Meinung nach die aktuell besonders stark bremsenden Mächte und politischen Konstellationen, die Frauenrechte verhindern?

Wir Frauenrechtlerinnen befinden uns in einer Zwickmühle. Ich glaube sagen zu können, dass die Agenda für den gesellschaftlichen Wandel immer noch am ehesten von den Maoisten verkörpert wird. Die *Congress*-Partei in Nepal, gestützt durch Indien, tritt unverblümt als Interessenwahrer der Großgrundbesitzer, der feudalen Ordnung auf. Aufgrund der uneindeutigen Mehrheitsverhältnisse und Blockade im Parlament bleiben die alten Strukturen faktisch unangetastet. Wer sich also für grundlegende Veränderungen ausspricht, wird schnell als Parteigängerin der Maoisten denunziert. Allerdings sind sich auch die Maoisten untereinander nicht einig und sehen sich veranlasst, mit ihrer Reformagenda Kompromisse einzugehen, um nicht vollständig in die politische Ecke gedrängt zu werden. Was sollen wir als Menschenrechtsverteidiger da machen? Wir fürchten einerseits zu viel Kompromissbereitschaft, weil dies gerade für uns Frauen letztlich einen schwachen Rechtsstaat bedeutet, mit all den genannten Folgen. Besonders skurril dabei: wir werden mit dieser Haltung ausgerechnet mit den Hardli-



Renu Rajbhandari zusammen mit anderen Aktivisten bei einer Demonstration für die neue Verfassung.

nern bei den Maoisten in eins gesetzt. Wir befürchten andererseits die Rückkehr zum bewaffneten Kampf. Dieses Hickhack um die Regierungsmacht macht uns müde, die große Aufbruchsstimmung ist weg.

Was wäre denn an politischer Aktivität besonders dringend?

Wir brauchen endlich eine moderne Verfassung und die umfassende Beteiligung der Bevölkerung an ihrer Ausarbeitung. Wir benötigen den Schutz von Menschenrechtsaktivisten und effektives staatliches Handeln beim Recht auf Nahrung, Wohnen und Gesundheit.

Du bist ja nicht zufällig beim UN-Menschenrechtsrat in Genf. Durch wen und wie erwartest Du Dir hier Unterstützung?

Ich hatte schon erwähnt, dass Öffentlichkeit um die Vorgänge in Nepal ganz wichtig ist. Wir erwarten von den Vereinten Nationen und insbesondere von den Einrichtungen, die sich mit dem Schutz von Menschenrechten befassen, eine aktive Rolle in Nepal. Ich glaube, die Vereinten Nationen könnten deutlich mehr tun, um den politischen Umbruch in Nepal zu begleiten, die effektive Umsetzung des Friedensabkommens zu kontrollieren, mit technischer Hilfe den Aufbau des Rechtsstaats zu unterstützen. Das Büro des Hochkommissariats für

Menschenrechte ist eine wichtige Stütze für uns, und wir fordern dessen weitere Präsenz mit einem vollen Mandat.

Was wären die Erwartungen gegenüber den Vereinten Nationen speziell bei Frauenrechten?

Der Menschenrechtsrat und der UN-Ausschuss zur Überwachung des Vertrags zur Eliminierung der Frauendiskriminierung sind unter den gegebenen Bedingungen in Nepal eine der wenigen Institutionen, die von einer nepalesischen Regierung Rechenschaft bei Menschenrechten, Gerechtigkeit und Entschädigung für Opfer einfordern können, mit der Erwartung, dass die Regierung überhaupt reagiert. Eine Visite der Sonderberichterstatterin zur Gewalt gegen Frauen, eventuell sogar eine eigene *Fact-Finding-Mission*, würde uns zweifellos helfen, den politischen Prozess im Land wieder in Richtung Reformagenda zu leiten. Demnächst muss sich Nepal dem Länderüberprüfungsverfahren beim Menschenrechtsrat stellen, der *Universal Periodic Review*. Wir werden dazu einen Schattenbericht schreiben und hoffen, dass sich zum Beispiel Staaten der Europäischen Union daraus mit Argumenten versorgen, um die nepalesische Regierung kritisch zur Lage der Frauen im Land zu befragen. Wie gesagt, die öffentliche Aufmerksamkeit des Auslands ist lebenswichtig für uns.